

Darmstadt links

ZEITUNG FÜR EINE SOZIALE, ÖKOLOGISCHE UND DEMOKRATISCHE STADT



Schließung der Proberäume in der Alten Glasbläserei

Kein Raum für Kultur

Seit dem 30.09.2023 steht Darmstadts ehemals größter Proberaumkomplex nun leer. Doch Gebäude und Grundstück sollen weder verkauft, noch abgerissen, noch neu vermietet werden. Nicht nur für die über betroffenen 20 Bandprojekte, sondern auch für die Darmstädter Musik- und Kulturszene wirft dieser Zustand Fragen auf.

Im März 2023 erhielten die Musiker*innen die Kündigung für ihre Proberäume durch den Zweckverband Abfallwirtschaft Südhessen (ZAS), dem die Liegenschaft gehört. Das Gebäude wurde weit über zehn Jahre für Proberäume genutzt. Grundlage für diese Kündigung ist ein von der ZAS erstelltes Gutachten. Dieses enthält angeblich drei Gründe für die Schließung: es liege keine Genehmigung für die Nutzung als Proberaum vor, der weiteren Nutzung stünden brandschutzrechtliche Gründe im Weg und die Ertüchtigung des Gebäudes koste einen höheren sechsstelligen Betrag. Das Gutachten selbst liegt nur dem ZAS

und deren Vorstand vor. Obwohl die ZAS eine gebührenfinanzierte öffentliche Einrichtung ist, kann das Gutachten bisher durch die Stadtverordneten nicht eingesehen werden.

Für den Erhalt der Alten Glasbläserei ist daher die Einsicht in das Gutachten der ZAS von wesentlicher Bedeutung. Es kann die Fragen nach dem Umfang der erforderlichen baulichen Arbeiten in und am Gebäude sowie nach deren Kosten beantworten. Die ZAS selbst kann nicht in das Gebäude investieren, solange dies nicht dem satzungsgemäßen Zweck des ZAS entsprechend genutzt wird. Dies ist bei Proberäumen offensichtlich nicht der Fall. Aus diesem Grund sehen wir als LINKE hier die Stadt in der Pflicht eine Lösung zu erarbeiten, die einen Erhalt der Alten Glasbläserei ermöglicht.

In unserem Antrag in der September-Stadtverordnetenversammlung wurde daher eine Prüfung der möglichen zivilrechtlichen Konstrukte beschlossen, die eine Investition der Stadt in das

Gebäude ermöglichen. Dazu gehören die Pacht oder auch der Erwerb des Gebäudes. Und daran anschließend dessen Instandsetzung, so dass eine Nutzung als Proberaum wieder zulässig ist. Diese Schritte hätte die Stadt Darmstadt bereits seit März 2023 unternehmen können. Die Zuspitzung der Situation für Musiker*innen in Darmstadt bei der Suche nach bezahlbaren und gute erreichbaren Proberäumen hätte so vermieden werden können. Darmstädter Bands werden seit Jahren mit dem Problem der fehlenden Proberäume allein gelassen. Und all das, während die Stadt sich rühmt, ein Musikfestival wie das Schlossgrabenfest mit 50 Prozent lokalen bzw. regionalen Bands abzuhalten. Wir fordern die Stadt auf, den Bands in Darmstadt Raum zu schaffen. Eine Stadt, die Millionen ausgibt für das Besucherzentrum Weltkulturerbe Mathildenhöhe darf den Blick auf eine diverse Musikszene nicht vernachlässigen.

Maria Stockhaus
Stadtverordnete

Leider nur in Wiesbaden: Keine Haft fürs „Schwarzfahren“

Im der Februar-Stadtverordnetenversammlung hatten wir beantragt, dass die HEAG mobil künftig keine Strafanzeigen wegen „Schwarzfahrens“ mehr stellt. Das erhöhte Beförderungsentgelt ist eine ausreichende Sanktion. Die Ersatzfreiheitsstrafe, die nach mehreren Strafanzeigen als letzte Sanktion verhängt werden kann, und das damit verbundene Gerichtsverfahren, kostet die Gesellschaft sehr viel mehr als das notorische „Erschleichen von Beförderungsleistungen“ eines kleinen Teils der Bus- und Bahnfahrenden. Unser Antrag wurde von einigen anderen Oppositionsfraktionen unterstützt, ist aber an der Ablehnung der Koalition gescheitert.

In unserer Nachbarstadt Wiesbaden geht es auch anders: dort hat die regierende Kooperation aus SPD, Grünen, der LINKEN und Volt einen entsprechenden Antrag eingebracht. „Armut darf kein Haftgrund sein“, begründete das der Redner der Linksfraktion, und Haft sei eine unverhältnismäßig harte Strafe. Schade, dass die Darmstädter Fraktionen von Grünen und Volt das anders sehen.

INHALT

SEITE 2:

VIDEOÜBERWACHUNG
AUF DEM LUISENPLATZ
VERÄNDERUNG
BEIM SOZIALTICKET

SEITE 3:

NACHRUF UND NEUBEGINN
SCHLOSSGRABENFEST

SOZIALKONTO
BEI DER SPARKASSE

SEITE 4:

KRISE DER
KOMMUNALFINANZEN

Ohne guten Grund

Im September wurde die Verlängerung der Videoüberwachung auf dem Luisenplatz beschlossen. Die vorliegenden Zahlen und der erhebliche Eingriff in die Persönlichkeitsrechte eines Großteils der Darmstädter*innen wurden dabei nicht berücksichtigt. Diesem Weg folgte entgegen ihrem Kommunalwahlprogramm auch die SPD. Die Videoüberwachung am Luisenplatz wurde für Darmstadt 2019 beschlossen und Mitte 2021 eingeführt. Seitdem filmen dort 17 Kameras Tag und Nacht die ÖPNV-Nutzer*innen. Die Außenbereiche der Gastronomie werden dabei ausgespart. Die Speicherfrist beträgt zehn Tage, wenn das Video nicht für Ermittlungen benötigt wird.

Begründet wurde die Einführung mit einem angeblichen Kriminalitätsschwerpunkt Luisenplatz. Die Videoüberwachung wurde hier als präventive Maßnahme dargestellt.

Darmstadt war gemäß Kriminalstatistik des Polizeipräsidiums Südhessen in 2022 die sicherste kreisfreie Stadt. Insgesamt sind die Fallzahlen in Hessen in den letzten 20 Jahren um 18%

gesunken, bei der Straßenkriminalität sogar um 54%. Anders am Luisenplatz: seit Einführung der Videoüberwachung stieg die Anzahl der Delikte an diesem Ort an; von 44 sog. Rohheitsdelikten in 2017 auf 55 in 2022 oder auch von 36 Diebstählen in 2017 auf 49 in 2022. Der Videoüberwachung in Verbindung mit dem all-



gemeinen Trend kann also keine Wirkung zugeschrieben werden. Dies entspricht den Ergebnissen verschiedenster internationaler Forschungen zu diesem Thema. Und dennoch hält die Stadt Darmstadt an dieser Videoüberwachung fest.

Videoüberwachung bekämpft, wenn sie denn eine Wirkung hat, bestenfalls die Symptome aber nicht deren Ursachen. So kann häufig beobachtet werden, dass eine Verlagerung zu nicht überwachten Flächen erfolgt. Insbesondere der Konsum und der Handel von Drogen folgt diesem Muster. Die Ursache für Kriminalität liegt häufig im häuslichen Umfeld und ist damit Ansatzpunkt von Sozialpolitik, wenn eine nachhaltige Verbesserung erreicht werden soll.

Videoüberwachung verhindert Kriminalität nicht. Sie macht diese nur unter bestimmten Voraussetzungen verfolgbar. Das hat auch der brutale Mord an einem Obdachlosen direkt unter den Augen der Kameras gezeigt. Die Polizei wurde nicht durch die Videobilder, sondern durch einen am Tatort anwesenden Zeugen sofort alarmiert, und die Tat konnte nicht verhindert werden. Die Polizei hat den flüchtigen Täter ohne die Bilder der Kamera gefasst. Lediglich

die Beweisführung vor Gericht wird einfacher werden. Sie wäre aber auch ohne die Aufzeichnung der Tat möglich, da es einen Zeugen und sicherlich auch ausreichend forensische Spuren gibt.“ In Darmstadt wurden in über zwei Jahren Videoüberwachung 122 mal Material zu ermittlungstechnischen Zwecken weitergegeben. Wie viele der Fälle dadurch aufgeklärt werden konnten, ist nicht bekannt und die von uns gestellte entsprechende Anfrage wurde bisher nicht beantwortet. Damit kann auch der Aspekt der Aufklärung nicht hinreichend mit Fakten hinterlegt werden.

Videoüberwachung nimmt alle aufgezeichneten Menschen unter Generalverdacht. Jeder Mensch hat das Recht auf informationelle Selbstbestimmung; also darauf Einfluss nehmen zu können welche Daten über das eigene Verhalten gespeichert und vorrätig gehalten werden. Dem steht die Videoüberwachung diametral gegenüber.

Aus diesen Gründen lehnen wir die Videoüberwachung als übergriffiges und erfolgloses Instrument weiterhin ab und haben in der Stadtverordnetenversammlung dagegen gestimmt.

Maria Stockhaus
Stadtverordnete

Neukonzeption des Darmstädter Sozialtickets

Chance für Verbesserung verpasst

Das Darmstädter Sozialticket soll in den vergünstigten „Hessenpass mobil“ des Landes integriert werden. Das ist sinnvoll, aber leider legt die Stadt nur für Kinder und Jugendliche noch eigenes Geld obendrauf

Erst seit 2021 gibt es in Darmstadt ein Sozialticket für Bus und Bahn, das diesen Namen auch verdient: für alle Preisstufen der Darmstädter Monatskarten gibt die Stadt die Hälfte des Preises als Zuschuss dazu. Für die Innenstadt kostet das dann 21 Euro, für das gesamte Stadtgebiet 34 Euro. Das sehen wir auch als Erfolg unseres jahrelangen stetigen Nachhakens bei diesem Thema. Nun integriert die Stadt das vom Land Hessen auf 31 Euro ermäßigte Deutschlandticket, den „Hessenpass mobil“, in unser Sozialticket. Das ist grundsätzlich gut – doch leider wird es so umgesetzt, dass Erwachsene gar

keinen weiteren Zuschuss der Stadt mehr erhalten. Nur für Kinder und Jugendliche bis 17 Jahren subventioniert die Stadt das hessische Sozialticket weiter herunter.

Viele fahren mit der neuen Lösung etwas preisgünstiger. Wer bisher ein Sozialticket der Preisstufen 2 oder 3 hatte, zahlt künftig die genannten 31 Euro anstelle von 34 Euro bzw. 38 Euro und kann in ganz Deutschland mit dem Nahverkehr unterwegs sein. Wer sich zuvor auf die Stufe 1 oder die Stadtpreisstufe beschränkt hatte zahlt allerdings bald 31 anstelle von 21 Euro. Beim Hessenpass mobil fällt die Mitnahmemöglichkeit weg, und außerdem müssen die Nutzerinnen und Nutzer ein Abo abschließen. Das kann für Haushalte mit geringem Einkommen eine Hürde darstellen, denn man muss sich entweder dauerhaft entscheiden oder 20 Tage

vor Beginn eines Monats entscheiden, ob das Ticket benötigt wird oder nicht. Durch diese Nachteile kann der geringe Kostenvorteil je nach den Mobilitätsgewohnheiten also wieder aufgezehrt werden.

Es ist auch zweifelhaft, wie häufig die Reisemöglichkeit im ganzen Land tatsächlich genutzt werden kann. Denn Reisen kostet Geld, nicht nur für das Verkehrsmittel, und dieses Geld fehlt vielen Haushalten, die von dem viel zu niedrigen Regelsatz leben müssen.

Andere Städte haben erkannt, dass auch die Kommunen sich nicht ganz herausziehen dürfen, um ihren einkommensarmen Bürgerinnen und Bürgern sozialverträgliche Mobilität zu bieten: Der Stadtstaat Hamburg und die Stadt Nürnberg bieten ermäßigte Deutschlandtickets zum Preis von 19 Euro an. Und Nürnberg schafft

das sogar ganz ohne die Unterstützung durch eine Landesermäßigung, die in Bayern nicht existiert.

Deshalb haben wir beantragt, dass auch die Stadt Darmstadt für die Erwachsenen noch 12 Euro zuschießt, so dass ein ermäßigtes Deutschlandticket ebenfalls 19 Euro gekostet hätte. Dieser Zuschuss pro Monats-Sozialticket beträgt nur etwa ein Drittel des bisherigen Förderbetrags. Deshalb sind wir überzeugt, dass die im Haushalt bereitgestellten 400.000 Euro auch für unser verbessertes Sozialticket ausreichen.

Leider sind auch große Teile der Opposition dem schwachen Vorschlag der Koalition gefolgt. Schade, dass diese Chance nicht genutzt wurde, einen weiteren Schritt Richtung Nulltarif im ÖPNV zu gehen.

Karl-Heinz Böck
Stadtverordneter

Trauer um Stadtverordnete. Neues Mitglied in unserer Fraktion

Tamara Hanstein folgt auf Martina Hübscher-Paul

Am 6. Juli 2023 verstarb nach langer Krankheit unsere Stadtverordnete Martina Hübscher-Paul. Immer wieder hatten wir während ihrer Krankheit die Hoffnung, dass sie ihren Platz und ihr Wissen wieder in die Fraktion einbringen könnte. Dies wird nun nicht mehr geschehen, was wir alle zutiefst bedauern.



† Martina Hübscher-Paul

Martina war nicht nur stellvertretende Fraktionsvorsitzende, sondern auch ihre große Kompetenz im Bau- und Kulturausschuss und ihre politische Vernetzung in diesen Bereichen wird uns fehlen.

Sie kandidierte 2011 erstmals zur Kommunalwahl und wurde gleich mit einem sehr guten Ergebnis in die Stadtverordnetenversammlung gewählt. Diese gelang ihr auch bei den Wahlen 2016 und 2021.

Mehr als 10 Jahre lang war sie ein fester Bestandteil unserer Fraktion. Martina, wir werden dich vermissen!



Tamara Hanstein

Im August 2023 rückte die 26jährige studierte Chemikerin Tamara Hanstein für Martina nach. Sie vertritt uns nun in den Ausschüssen für Mobilität, Bürgerservice, Ordnungswesen, Brand- und Katastrophenschutz sowie im Ausschuss für Kultur und Städtepartnerschaften. Tamaras politischer Schwerpunkt ist der Kampf für eine soziale und ökologische Verkehrswende. Neben ihrem Mandat in unserer Fraktion ist Tamara auch bei Attac aktiv.

Wir freuen uns auf eine gute und erfolgreiche Zusammenarbeit.

Schlossgrabenfest

Innenstadtfeste für alle!

Nicht alle Darmstädterinnen und Darmstädter sind Fans des alljährlichen Schlossgrabenfests in unserer Innenstadt. Es ist laut, es ist eng – viele mögen das nicht. Aber dennoch haben die meisten Schlossgrabenfest-Muffel die Sperrungen im Stadtzentrum und die erhebliche Lautstärke in den Wohnvierteln geduldig hingenommen. Man kannte ja viele Leute, die gerne dorthin gegangen sind, es gab etliche regionale und lokale Bands, denen man das Publikum gönnte, und vor allem: es war ein kostenfreies, für alle zugängliches Fest, und das ist einfach sympathisch, auch wenn es einem selbst dort nicht so viel Spaß macht.

Mittlerweile hat sich das Schlossgrabenfest von einem regional orientierten „Fest für alle“ zu einem kommerziellen Großereignis mit zahlreichen nationalen und internationalen Top-Acts entwickelt. Dadurch wurden zunächst Einlasskontrollen notwendig. Der nächste Schritt war der Kaufbecher, und seit vorigem Jahr werden Tickets verkauft, die man sich Tage vor dem Fest besorgen muss. Es ist nicht mehr möglich,

an den schwächer frequentierten Nachmittagen einfach so übers das Fest zu spazieren und eines der kleineren Konzerte zu besuchen. Wir bedauern diese Entwicklung und nehmen eine Entfremdung des Fests von großen Teilen der Stadtgesellschaft wahr. Viele sind nicht mehr damit einverstanden, dass der öffentliche Raum für dieses nicht-mehr-öffentliche Fest tagelang privatisiert wird.



Deshalb haben wir in der Stadtverordnetenversammlung beantragt, dass Feste in der Innenstadt möglich sein sollen, wenn sie komplett oder wenigstens zu einem erheblichen Anteil für alle frei zugänglich sind. Dieser – leider abgelehnte – Antrag ist ein Kompromiss zwischen einem innenstädtischen Musikfestival für alle, so wie wir es uns wünschen, und der heutigen Realität des Schlossgrabenfests. Es soll möglich bleiben, für einen Teil der Konzerte Eintritt zu erheben, aber der Veranstalter muss ein Konzept vorlegen, mit dem ein erheblicher Teil des Festivals frei zugänglich bleibt. Dies könnte durch freien Eintritt an bestimmten Festival-Tagen, an den Nachmittagen oder in bestimmten Bereichen des Festgeländes erfolgen. Wenn sich das finanziell oder organisatorisch nicht machen lässt, dann muss sich der Veranstalter einen anderen Ort suchen. Denn eine Großveranstaltung, die die Bürgerinnen und Bürger zwar erheblich beeinträchtigt, ihnen aber keinen freien Zugang bieten kann, gehört nicht ins Zentrum der Stadt.

Uli Franke
Stadtverordneter

Konto mit Sozialtarif

Soziale Verantwortung bei der Sparkasse? Fehlangeige

Die Sparkasse Darmstadt hat hohe Kontoführungsgebühren. Für Menschen mit geringem Einkommen ist das ein Problem. Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ein Basiskonto mit Sozialtarif eingeführt wird.

Für viele Menschen wird es immer schwieriger, ihren Lebensunterhalt zu bestreiten. Zu den unaufhörlich steigenden Kaltmieten kommt ein dramatischer Anstieg der Energiekosten und die Inflation bei vielen Waren des Grundbedarfs hinzu. Die Haushalte geraten an ihre Grenzen, oder auch darüber hinaus. Deshalb haben wir einen Vorschlag für eine kleine Entlastung in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht: die Einführung eines vergünstigten Kontos für Menschen mit geringem Einkommen bei der Sparkasse Darmstadt.

Zum Zeitpunkt der Befassung unseres Antrags im Februar 2023 kostete das „Flatrate“-Basiskonto ohne zusätzliche Gebühren 8,99 Euro monatlich. Das ist aus unserer Sicht für Menschen, die nach Abzug der Warmmiete nur noch wenige Hundert Euro zur Verfügung haben, zu teuer. Das „Giro-Flex“ kostete nur 2,99 Euro, allerdings entstehen für die einzelnen Kontobewegungen und fürs Geldabheben erhebliche Gebühren. Diese sind besonders hoch, wenn der Bankverkehr nicht online abgewickelt wird.

Außerdem ist es nicht fair, dass Menschen mit durchschnittlichem Arbeitseinkommen für ihre Gehaltskonten bei anderen Instituten – wenn überhaupt – nur ein bis zwei Euro im Monat bezahlen, während einkommensschwache Haushalte bis zu neun Euro dafür

hinlegen müssen.

Unser Vorschlag war, die Sparkasse aufzufordern, für Inhaberinnen und Inhaber der Teilhabecard ein Flatrate-Konto zum Preis des günstigen Giro-Flex-Kontos anzubieten. Ein großer Teil der Opposition stimmte dem Antrag zu, doch er wurde mit den Stimmen der Koalition abgelehnt. Die Entscheidung hätte am Ende die Sparkasse treffen müssen, aber so ist sie nicht einmal unter Handlungsdruck geraten.

Mittlerweile hat die Sparkasse die Grundgebühren für die beiden genannten Konten jeweils um einen Euro pro Monat erhöht. Na vielen Dank! Das ist ein weiteres Beispiel dafür, dass bei der sozialen Verantwortung unserer Stadtwirtschaft noch viel Luft nach oben ist.

Karl-Heinz Böck
Stadtverordneter

Der Haushalt und die Zeitenwende

Wenn Sie diese Zeitung in der Hand halten, hätte der Haushalt für 2024 schon beschlossen sein sollen. Doch die Stadtregierung hat ihren Haushaltsentwurf zurückgezogen, weil sich herausgestellt hat, dass für das kommende und auch für die weiteren Jahre jeweils ein hoher zweistelliger Millionenbetrag fehlen wird. Das lässt leider desaströse Verschlechterungen befürchten in Bereichen, die für den Zusammenhalt der Stadtgesellschaft und für die Zukunft der Stadt sehr wichtig sind.

Welche das sein werden ist Gegenstand der kommenden Haushaltsberatungen. Doch angesichts der Höhe der angekündigten Fehlbeträge ist klar, dass wichtige Investitionen z.B. in die Schulsanierung, in die Verkehrswende oder in die Klimaanpassung in Frage gestellt werden müssen.

Und mit der Verschiebung von Investitionen alleine wird sich eine solche Lücke nicht schließen lassen: auch viele freiwillige Leistungen der Stadt für Kultur, Bildung und Soziales stehen vorübergehend oder sogar dauerhaft zur Kürzung an. Preiserhöhungen drohen. Und auch an der Personaldecke der Stadt wird eine solche Krise nicht vorbeigehen, obwohl in vielen Bereichen Verstärkungen statt Stellensperren notwendig wären. Wegen der Schuldenbremse ist auch Kreditaufnahme zur Abmilderung der Einschnitte nicht möglich.

Als Grund für diese Entwicklung wurden die Kosten der hohen Tarifabschlüsse genannt. Das ist aber nur bedingt plausibel, denn die Lohnerhöhungen gleichen ja die Inflation aus, die der Stadt auf der anderen Seite auch höhere Einnahmen durch die Einkommens-, Umsatz- oder Gewerbesteuer beschert. Wichtigere Gründe sind die zunehmenden wirtschaftliche Schwierigkeiten von Unternehmen und vor allem die Haushaltspolitik der Bundesregierung. Um ihre „Zeitenwende“ zu finanzieren hat die Ampelkoalition Sonderkredite aufgenommen, die nicht etwa durch eine Vermögenssteuer oder einen höheren Spitzensteuersatz, sondern durch Ausgabenkürzungen finanziert werden sollen.

Finanzminister Lindner will beispielsweise ein „Wachstumschancengesetz“ durchsetzen, das Unternehmen auf Kosten der Kommunen entlasten soll. Der Städtetag warnt vor massiven kommunalen Steuerausfällen im ganzen Land. Für Darmstadt führt das zu vielen Millionen Euro Einbußen pro Jahr – und das ist nicht die einzige Gesetzesreform, vor der der Städtetag warnt.

Unglaublicherweise plant die Bundesregierung sogar, bei der Migrationsberatung, bei Integrationskursen, psychosozialer Betreuung und bei den Freiwilligendiensten massiv zu kürzen. Das ist ein tiefer Einschnitt ins soziale Netz, der zusätzlich die Arbeitsmarktintegration vieler Menschen

erschweren wird. Betroffen ist die Stadtkasse zwar nicht direkt, sondern zunächst die Wohlfahrtsverbände, die Angebote streichen müssen. Die Folgen werden aber auch die Kommunen belasten.

Die Kürzungen und Preiserhöhungen werden viele Haushalte direkt finanziell betreffen, insbesondere diejenigen mit geringem Einkommen. Sie werden kulturelles und ehrenamtliche Engagement ausbremsen. Und sie behindern die Weiterentwicklung unserer Stadt – zum Beispiel beim Aufbau einer klimaneutralen Infrastruktur oder bei der (Aus-)Bildung der jungen Generation.

Die bevorstehende kommunale Finanzkrise ist ein Teil der „Zeitenwende“, die unser Bundeskanzler ausgerufen hat. Nun kommt die Rechnung, die wir für die Zuspitzung der internationalen Konflikte und die Militarisierung unserer Außenpolitik zu zahlen haben – also für Aufrüstung, für Waffenlieferungen und für die Folgen der verhängten Sanktionen. DIE LINKE fordert: Deutschland muss die Aufrüstung stoppen und endlich für einen Waffenstillstand im Ukrainekrieg eintreten!

Uli Franke
Stadtverordneter

DIE STADTVERORDNETEN



Karl-Heinz Böck



Maria Stockhaus



Uli Franke



Ann-Christin Sparn-Wolf



Tamara Hanstein

Und außerdem...

Wir wurden informiert, dass die Initiative gegen sexistische Sprüche „catcalls of Darmstadt – Wir kreiden Belästigung an!“ wegen ihrer **Kreidemaleereien in der Innenstadt** Ärger mit der Ordnungsamt bekommen hat. Das konnten wir kaum glauben und beantragten, dass nicht wetterfeste Malereien, Botschaften oder Graffiti, die kurzfristig durch den Einfluss des Wetters getilgt werden, nicht mehr geahndet werden. Leider abgelehnt – aber wenigstens im konkreten Fall der „Catcalls“ sollen die Malereien nicht mehr geahndet werden.

Für 2024 hat der **RMV die Preise für Bus und Bahn abseits des Deutschlandtickets um über 8% angehoben**. Wir haben eine Resolution eingebracht, dass der RMV die Preiserhöhung zurücknehmen und dass das Land den Nachverkehr besser fördern soll, um eine ökologische und sozialverträgliche Verkehrswende zu ermöglichen.

Im November haben wir eine **Initiative des Oberbürgermeisters zur Straßenkehrsatzung** abgelehnt. Er wollte einen Beschluss vom letzten Jahr rückgängig machen, so dass Teile der Stadt

wieder von der Straßenkehrung durch den EAD ausgenommen werden. Erstens sehen wir nicht ein, warum für einzelne Gebiete eine Ausnahme gelten soll. Tradition ist hierbei für uns kein gutes Argument. Zweitens ist der flächendeckende Kehrdienst durch den EAD viel günstiger für diejenigen, die nicht selbst kehren können oder wollen und sonst einen privaten Dienstleister beauftragen müssten. Drittens konnten durch die neue Regelung die Gebühren für alle leicht gesenkt werden. Andernfalls hätten sie erhöht werden müssen.



Stadtverordneten-Fraktion Darmstadt

LinksTreff Georg Fröba
Landgraf-Philipps-Anlage 32
64283 Darmstadt
Telefon: 0 61 51 - 6 69 03 10
info@linksfraktion-darmstadt.de
www.linksfraktion-darmstadt.de
facebook.com/linksfraktion.darmstadt

SPRECHSTUNDE

Vereinbarung eines Termins telefonisch oder per E-Mail.

FRAKTIONSSITZUNGEN

Die Termine unserer Sitzungen finden Sie auf unserer Homepage oder lassen sich per E-Mail erfragen.

Impressum

Diese Zeitung erscheint zweimal jährlich mit 36.000 Exemplaren · Gestaltung: Büro Skoda, Darmstadt · Layout: Fred Kämmerer, kaemkomm.com · Druck: Ralf-Hellriegel-Verlag